

Wahlprüfsteine der Industrie- und Handelskammer Potsdam zur Landtagswahl in Brandenburg 2009

In der kommenden Legislaturperiode stehen Bundes- und Landespolitik infolge der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise vor der Bewältigung wichtiger Herausforderungen.

Vor diesem Hintergrund hat die Industrie- und Handelskammer Potsdam zur Landtagswahl am 27. September 2009 zehn Wahlprüfsteine formuliert, die zu einer wachstums- und beschäftigungsfreundlichen Wirtschaftspolitik in Brandenburg beitragen. Als Vertreter der Wirtschaft wird sich die IHK Potsdam weiter für die Interessen der Unternehmen stark machen. Dafür bietet sie der Landespolitik den konstruktiven Dialog zu den vorliegenden Wahlprüfsteinen an. Das Positionspapier wurde vom Präsidium und der Vollversammlung der IHK Potsdam beschlossen.



Wahlprüfsteine der Industrie- und Handelskammer Potsdam zur Landtagswahl in Brandenburg 2009

1. Erfolg mit Wirtschaftskraft
2. Beschäftigung schafft Zuversicht
3. Demografie-Offensive Brandenburg
4. Bildung ist Zukunft
5. Gestaltung einer modernen Metropolenregion
6. Wohlfühlregion Brandenburg
7. Effiziente Verwaltung als Standortqualität
8. Einzelhandel und Innenstädte stärken
9. Nachhaltige Umweltpolitik
10. Wettbewerbsfähige Energiepolitik

1. Erfolg mit Wirtschaftskraft

Brandenburg hat mit der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderpolitik unter der Zielrichtung „Stärken stärken“ und einer regionalen sowie sektoralen Fokussierung auf Wachstumszentren und Branchenkompetenzfelder wichtige Weichen für eine zukunftsfähige Wirtschaftsstruktur gestellt. 15 Regionale Wachstumskerne, 67 Branchenschwerpunktorte und 16 Branchenkompetenzfelder sind als Basis ausgewiesen. Die industriellen Stärken und Kompetenzen des Landes werden von den neuen Strukturen abgebildet. Mit einem durchschnittlichen Jahreswachstum von 3,4 % hat die Brandenburger Industrie in den Jahren von 2000 bis 2007 zum Wirtschaftswachstum wesentlich beigetragen.

Die IHK Potsdam fordert von den zukünftigen Landtagsabgeordneten:

Wirtschaftsförderstrategie fortsetzen: Die Portfolios der Regionalen Wachstumskerne, Branchenkompetenzfelder und Branchenschwerpunktorte sind kontinuierlich zu überprüfen. Auf der Grundlage einer fundierten Wirkungsanalyse sind Nachjustierungen vorzunehmen. Das Landesinnovationskonzept ist fortzuschreiben.

Kompetenznetzwerke ausbauen: Die Vernetzungsprozesse sind in Brandenburg in Gang gekommen. An einer zeitlich begrenzten und degressiven Förderung von unternehmensgetragenen Netzwerken zu selbsttragenden Strukturen ist festzuhalten. Vorhandene Ansätze für neue Netzwerke sind flexibel aufzugreifen.

Kooperation von Wissenschaft und Wirtschaft vorantreiben: Der Technologietransfer aus den Hochschulen ist durch professionelles Innovationsmanagement zu stärken. Kooperationsprojekte von Forschungseinrichtungen und Wirtschaft sollten mit Innovationsgutscheinen unterstützt werden. Forschungsvorsprünge sind verstärkt für das Innovationspotential des Mittelstandes zu nutzen.

Finanzierungsinstrumente mittelstandsfreundlich gestalten: Die Bereitstellung von Wagnis- und Beteiligungskapital zur Wachstumsfinanzierung ist zu vereinfachen. Die Antragstellung bei öffentlichen Förderprogrammen muss unbürokratischer werden. Es ist ein Zukunftsfonds Brandenburg aufzulegen.

Verbesserung des Innovationsklimas: Brandenburg ist noch zu wenig als Technologiestandort bekannt. Die Marke Brandenburg muss einen innovativen Charakter erhalten. Moderne Technologien müssen wirksamer als Imagefaktor und zur Wirtschaftsakzeptanz in der Bevölkerung eingesetzt werden.

Entwicklung von Güterverkehrszentren weiterhin fördern: Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist eine wichtige Voraussetzung für eine positive Wirtschaftsentwicklung. Die Güterverkehrszentren (GVZ) im Land Brandenburg sind bedeutende Bestandteile dieser Infrastruktur und behaupten sich erfolgreich am Markt. Im Seehafenhinterlandverkehr existieren noch umfangreiche Wachstumspotenziale, die zu mobilisieren sind. Der Infrastrukturausbau an den Standorten Wustermark, Großbeeren sowie Wittenberge ist somit auch zukünftig weiter zu fördern.

2. Beschäftigung schafft Zuversicht

Brandenburg hat eine differenzierte Arbeitsmarktlage. Deutliche Stabilisierungen erfahren das Umland von Berlin und industrielle Wachstumskerne. Demgegenüber weisen ländliche Räume die deutschlandweit höchsten Arbeitslosenquoten aus. Zur weiteren Schaffung neuer Arbeitsplätze mit hoher Wertschöpfung gibt es keine Alternativen, um die Bevölkerung in der Region zu halten und für alle Altersgruppen Zukunftssicherheit zu schaffen.



Die IHK Potsdam fordert deshalb von den künftigen Landtagsabgeordneten:

Beschäftigung schaffen: Alle politischen Ziele und Programme zur Gestaltung des Landes Brandenburg müssen sich an ihrem Beitrag zur Schaffung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung messen lassen. Wirtschaftswachstum und zukunftssichere Arbeitsplätze mit stabilen Einkommen für die Familien müssen die Bevölkerungsverluste eindämmen und möglichst umkehren.

Industrielle Basis stärken: Wegen der strukturellen Defizite und der raumgreifenden Synergien hat dabei der industrielle Sektor absolute Priorität.

Unterstützung durch EU sicher stellen: Die Haushaltspolitik in Brandenburg hat zu gewährleisten, dass ein maximaler Abruf europäischer Strukturfonds und Hilfen des Bundes für die Investitionsförderung ermöglicht wird. Der Anteil der Landeshaushaltsmittel für die Wirtschaftsförderung muss konstant gehalten werden, selbst wenn sich die Kofinanzierungsvolumina für die auslaufende Ziel-1-Förderung der EU reduzieren.

EU-Strukturpolitik neu gestalten: Die neue Förderperiode ab 2014 ist unter rechtzeitiger Einbeziehung der Wirtschaftspartner langfristig vorzubereiten.

Integration von benachteiligten Gruppen verbessern: Für Menschen mit objektiv schwierigem Zugang zum ersten Arbeitsmarkt und für spezifische Altersgruppen müssen die Förderungen ausgebaut und noch flexibler auf die Bedingungen der regionalen Wirtschaft ausgerichtet werden.

3. Demografie-Offensive Brandenburg

Schrumpfende Erwerbsbevölkerung, alternde Gesellschaft und Bevölkerungsrückgang werden sich stark auf zahlreiche Regionen auswirken. Bis zum Jahr 2050 wird infolge des Geburtendefizits mit einem Bevölkerungsrückgang in Brandenburg von derzeit 2,58 Millionen auf 1,81 Millionen Menschen gerechnet. Diese Entwicklung ist in vollem Gange und wirkt sich in der neuen Legislaturperiode am stärksten im realen Rückgang an Schulabgängern aus.



Wir fordern die zukünftigen Landtagsabgeordneten auf, in Ihrer Arbeit dazu folgende Schwerpunkte zu setzen.

Ausbau der Breitbandversorgung beschleunigen: Die Verfügbarkeit des schnellen Internets ist lückenlos in allen Landesteilen zu sichern. Diese IT-Ausstattung ist die Grundlage für mobile Angebote im Gesundheitswesen (Telemedizin, mobile Sprechstunde), im Handel (Bestellungen), im Nahverkehr (Rufbus) und bei öffentlichen Diensten (online-Amt).

Stadtumbau weiterführen: Bei der Anpassung der Städte an die demografische Entwicklung müssen Nutzungen und Angebote konzentriert werden. Neue Wohnformen sind zu unterstützen, die Infrastruktur ist zu stabilisieren und die Innenstädte sind als Wohn- und Geschäftsstandort zu stärken.

Fachkräftesicherung und Unternehmensnachfolge ausbauen: Weiterbildungsangebote für Ältere und Förderung von Frauen bei der Existenzgründung sind wichtige Elemente für die Erhaltung und Entwicklung der wirtschaftlichen Potentiale. Auch mobile Angebote wie e-learning sowie eine bessere finanzielle, technische und personelle Ausstattung von Bildungseinrichtungen müssen die Anpassungsprozesse unterstützen.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie voranbringen: Neue, nachfrageorientierte Arbeitszeitmodelle und eine familienfreundliche Personalpolitik helfen Fachkräfte zu halten und zu gewinnen. Eine zeitliche Flexibilität in der Kinderbetreuung und Kooperationen mit der Wirtschaft sind unerlässlich.

Demografieorientierte Innovationen, Dienstleistungen und Marketing unterstützen: Produkte und Dienstleistungen müssen sich geänderten Anforderungen stellen. Es müssen neue Produkte sowie mobile und flexible Dienstleistungsangebote entwickelt werden. Gefördert werden kann dies durch Wettbewerbe und Auszeichnungen. Die Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft unterstützt den Innovationsprozess.

4. Bildung ist Zukunft

Lebenslanges Lernen ist ein allseits anerkannter Grundsatz für die Entfaltung der Potenziale jedes Einzelnen und den Fortbestand unserer gesellschaftlichen Werte. Infolge des demografischen Wandels und der stark wachsenden Bedeutung des Faktors Arbeit für das wirtschaftliche Wachstum sind in Brandenburg überdurchschnittliche Anstrengungen in der Bildungspolitik notwendig. Das Handlungsspektrum ist enorm, weil es von den Kindern im Vorschulalter bis zur Seniorenakademie reicht.



Von den Abgeordneten des Brandenburger Landtages erwarten wir, folgende Anforderungen umzusetzen:

Bessere Bildung für Brandenburg durchsetzen: Umsetzung der Vorschläge der Brandenburgischen IHKs an die Bildungspolitik des Landes vom Januar 2009.

Ausbildungsreife und Berufsorientierung verbessern: In den Sekundarstufen I und II muss sich die Qualität der Berufs- und Studienorientierung deutlich verbessern und zum festen Bestandteil jedes Schulprogramms werden. Auch hier benötigen die Schulleiter Entscheidungsspielräume für die Besetzung des Fachunterrichts und für die Zusammenarbeit von Schule und Wirtschaft vor Ort.

Hohe Qualität der Berufsschulen sichern: Berufsschulen müssen die fachtheoretische Ausbildung der Ausbildungsberufe garantieren. Dazu muss mit geeigneten Maßnahmen der Generationswechsel in den Oberstufenzentren ohne Profilverlust gestaltet und die Aus- und Weiterbildung der Fachlehrer verbessert werden.

Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung und Hochschulen erweitern: Die Möglichkeiten des Hochschulzuganges für beruflich Qualifizierte sollen von den Brandenburger Hochschulen verstärkt kommuniziert und durch spezielle Studienangebote unterstützt werden. Berufsbegleitende Studien müssen in größerem Umfang als bisher angeboten werden.

Bildungsinfrastruktur ausbauen: Der Wissensstandort Brandenburg braucht Bildungseinrichtungen, die baulich und in der Ausstattung auf dem neuesten Stand der Wissensvermittlung sind.



5. Gestaltung einer modernen Metropolenregion

Die räumliche Nachbarschaft und Verflechtung mit der deutschen Hauptstadt ist ein Segen für Brandenburg. Selbstverständlich resultiert die Prosperität der Metropolenregion Berlin-Brandenburg aus der Nutzung der Potenziale beider Bundesländer.

Der weltweite Trend der Konzentration von Bevölkerung, Wirtschaft und Kapital in Metropolenregionen wird sich nicht ändern. Hieraus ergeben sich auch für Brandenburg bedeutende regionale Entwicklungschancen. Regionen mit Wachstum haben objektiv bessere Möglichkeiten zur Gestaltung als Schrumpfungsregionen. Die Dynamik der Bundeshauptstadt und ihr Umland müssen für Brandenburg noch mehr Flächenwirkung erzielen.

Wir erwarten deshalb von den künftigen Landtagsabgeordneten:

Gleichberechtigte Zusammenarbeit pflegen: Das Brandenburger Parlament muss mit dem Berliner Abgeordnetenhaus eine kontinuierliche Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe praktizieren.

Wachstumsträger Forschungsk Kooperation nutzen: Die deutschlandweit höchste Dichte an FuE-Kapazitäten in der Hauptstadtregion muss zum stabilen Innovationsträger für die regionale Wirtschaft werden.

Gemeinsames Standortmarketing entwickeln: Beide Länder müssen das globale Marketing der Metropolenregion mit einer übereinstimmenden Strategie betreiben. Im verschärften Standortwettbewerb müssen beide Länder sich klar erkennbar positionieren.

Gemeinsame Landesplanung nachhaltig ausrichten: Das Grundprinzip „Stärken stärken“ und dadurch Flächenwirkung erzielen ist fortzusetzen. Der entscheidende Schlüssel dafür ist die Qualität der Verkehrsinfrastruktur. Von der Wirtschaft wird eine gleichrangige landesplanerische Ausrichtung der Metropolenregion auf den beiden europäischen Entwicklungsachsen Paris – Moskau und Skandinavien – Adria für wichtig erachtet.

Länderfusion nicht zu den Akten legen: Von den Landtagsabgeordneten wird eine Politik erwartet, die einer modernen Weltmetropole gerecht wird. Selbst wenn die politische Option zur Fusion beider Bundesländer auch in der neuen Legislaturperiode noch nicht an die Bevölkerung herangetragen wird, muss dennoch das politische Tagesgeschäft Einzelbeiträge zur schrittweisen Umsetzung leisten.

Katalysatorrolle von Zukunftstechnologien nutzen: Der Verzahnungsprozess der Innovationsstrategien beider Länder muss noch intensiver werden. Die gemeinsamen Leitprojekte sind wirtschaftsnah umzusetzen.

6. Wohlfühlregion Brandenburg

Die Tourismuswirtschaft hat in den Jahren 1992 bis 2001 eine dynamische Entwicklung zur Schwerpunktbranche vollzogen und befindet sich seit 2002 in einer Konsolidierungsphase. Im Ergebnis sind flächendeckend marktorientierte, moderne touristische Angebotsstrukturen entstanden. Der Fokus richtet sich seitdem stärker auf den Ausbau der Angebotsqualität. Mittlerweile gibt es in Brandenburg rund 1.500 Beherbergungsbetriebe mit rund 80.000 Gästebetten, die fast 10 Mio. Übernachtungen generieren. Das Gästeaufkommen insgesamt liegt bei 3,6 Mio. (inkl. Camping) und wird durch den Inlandstourismus geprägt. Eine herausragende Rolle spielt dabei der Tagesreiseverkehr. Er umfasst rund zwei Drittel des touristischen Umsatzes und bildet damit ein solides Fundament für das Gewerbe. Rund 108 Millionen Tagesausflüge hat das Land Brandenburg im Jahr 2007 verzeichnen können.



Wir fordern die zukünftigen Landtagsabgeordneten auf, in Ihrer Arbeit folgende Schwerpunkte zu setzen:

Flächendeckende Erreichbarkeit mit öffentlichen Nahverkehrsmitteln im Land Brandenburg sichern: Der Ausbau im öffentlichen Personennahverkehr muss in Abstimmung mit der Tourismus- und Verkehrsentwicklung erfolgen. Eine starke Tourismuswirtschaft auf Basis einer gut entwickelten touristischen Infrastruktur ist eine Voraussetzung für die Sicherung der Arbeitsplätze in den ländlichen Regionen und stärkt die Lebensqualität im ländlichen Raum.

Konsequentes, abgestimmtes Tourismusmarketing umsetzen: Das Themenmarketing und die entsprechende Produktentwicklung sind konsequent weiter zu führen. Die Wirksamkeit der Aktivitäten im Auslandsmarketing und der Ausbau der länderübergreifenden Zusammenarbeit mit Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt sowie mit Polen sind weiter zu verbessern.

Tourismusförderung weiterführen: Die regionale Tourismuswirtschaft benötigt weiterhin stabile Förderbedingungen insbesondere in Bezug auf die Angebotsqualitäten und das Schließen von Angebotslücken in der touristischen Infrastruktur. Wachsende Bedeutung muss die Vernetzung der touristischen Angebote mit der Vermarktung regionaler Produkte erlangen. Die BUGA ist eine große Chance zur überregionalen Produktentwicklung in Verbindung mit Wasser- und Radtourismus.

Vorreiterrolle Brandenburgs im barrierefreien Tourismus ausbauen und festigen: Aufgrund des demografischen Wandels und dem damit verbundenen Anstieg älterer Zielgruppen mit individuellen Bedürfnissen müssen die Projekte für „Barrierefreies Brandenburg“ mit barrierefreien Reisegebieten intensiviert werden.

7. Effiziente Verwaltung als Standortqualität

Die Arbeitsweise staatlicher Verwaltungen und das behördliche Handeln vermitteln den Brandenburger Unternehmen und Investoren Eindrücke von politischen und staatlichen Prioritätensetzungen. Für die etablierte Unternehmerschaft und für internationale Investoren ist es dabei sehr wichtig, effiziente Verwaltungen als Partner der Wirtschaft zu wissen. Ein wirtschaftsnaher Rechtsrahmen, moderne, effiziente Verwaltungsarbeit und progressive Denkweisen der handelnden Menschen verschmelzen immer mehr zu einem wichtigen qualitativen Standortfaktor.



Die Brandenburger Landtagsabgeordneten müssen mehr Verantwortung für die Qualität der öffentlichen Verwaltung übernehmen. Dies bedeutet:

Nicht über EU- und Bundesrecht hinaus regulieren: Dies muss ein Grundsatz bei der Umsetzung in das Landesrecht sein. Anders kann Brandenburg im europaweiten Wettbewerb um Investoren nicht bestehen. Mit hoher Sorgfalt müssen die Rechtssetzungen im Landtag die Betroffenheit der Wirtschaft und die Vollzugsbedingungen in der öffentlichen Verwaltung berücksichtigen (Negativbeispiel: Beiträge für Abwasser-Altanschießer).

Geschäftsprozesse zwischen Wirtschaft und Verwaltung elektronisch gestalten: Das Innovationstempo in den Informations- und Kommunikationstechnologien muss die Verwaltungseffizienz weiter voranbringen. Mit durchgängigen elektronischen Prozessketten lässt sich ein deutlicher Mehrwert für Verwaltung und Wirtschaft erreichen.

E-Government braucht Marketing: Damit online-Dienste der Verwaltung der Wirtschaft bekannt sind und von ihr rege genutzt werden, sind bereits in der Entwicklung Aspekte des Marketings zu berücksichtigen.

EU-Dienstleistungsrichtlinie effizient umsetzen: Die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie hat unternehmensnah und mit gleichzeitiger Vereinfachung von Verwaltungsabläufen zu erfolgen.

8. Einzelhandel und Innenstädte stärken

Die Bedeutung des Einzelhandels für die Standort- und Lebensqualität einer Stadt wird häufig unterschätzt. Der Handel in den Innenstädten steht zunehmend unter Druck. Leerstand von Geschäftsräumen macht die innerstädtischen Einkaufsbereiche immer weniger attraktiv. Für die Anziehungskraft einer Innenstadt haben wichtige private und öffentliche Dienstleister sich häufig in den Randbereichen angesiedelt. Gleichzeitig ist ein wachsender Ansiedlungsdruck von größeren Einzelhandelsbetrieben außerhalb der Innenstädte festzustellen. Diesen Trend gilt es umzukehren.



Die IHK Potsdam erwartet deshalb von den künftigen Landtagsabgeordneten, dazu folgende Schwerpunkte umzusetzen:

Initiativen unterstützen und zentrale Versorgungsbereiche sichern: Es sind Innenstadt-Managements zu fördern und innerstädtische Arbeitsgemeinschaften zu unterstützen. Für die Handels- und Dienstleistungsattraktivität der Innenstadt muss die KMU-Förderung in der Ansiedlung branchenneutral sein. Die innerstädtischen Strukturen werden über die Bebauungspläne und Einzelhandelskonzepte der Kommunen gestaltet.

Öffentliche Nutzungen in die Innenstadt zurückholen: Ausgelagerte Verwaltungseinrichtungen sollten zur Funktionsstärkung wieder in der Innenstadt siedeln. Das betrifft auch innenstadtnahe Schulen und Kita - Standorte.

Sanierung innerstädtischer Bausubstanz fortsetzen, öffentlichen Raum herrichten: Leer stehende Gebäude und Ladenräume in Geschäftsstraßen sind ein ernstes Problem für einen Einzelhandelsstandort, dem mit Ideen-Wettbewerben und gezieltem Flächenmanagement entgegengesteuert werden muss. Um in den Innenstädten auch in denkmalgeschützten Gebäuden für Gastronomie und Einzelhandel Platz zu schaffen, müssen auch wenig aufwändige, kostengünstige Lösungen gefunden werden. Der öffentliche Raum muss für alle nutzbar bleiben und in den wichtigen Bereichen barrierefrei gestaltet sein.

9. Nachhaltige Umweltpolitik

Die IHK Potsdam definiert Nachhaltigkeit in der Gestaltung des Landes aus der Gleichberechtigung von ökonomischen, ökologischen und sozialen Entwicklungserfordernissen. Jede Flächeninanspruchnahme, jeder Eingriff in den Naturhaushalt und jede Investition sind jedoch sehr konkret. In aller Konsequenz bedeutet der Grundsatz der Nachhaltigkeit, dass er stets an den realen Interessen der Landesentwicklung abzuwägen und auszuloten ist. Die Umsetzung darf keinen Tempoverlust bei Innovationen und Bremsen im Wachstum der Wirtschaft zur Folge haben.



Der Brandenburger Landtag sollte deshalb folgende Schwerpunkte in der Umweltpolitik setzen:

Genehmigungsverfahren beschleunigen: Kurze Genehmigungsverfahren sind ein ganz wichtiger Faktor der Wirtschaftsentwicklung und erfordern eine entsprechende Ausstattung der Genehmigungsverfahrensstellen. Das betrifft sowohl die personelle (Anzahl und Qualifikation der Mitarbeiter) als auch technische (elektronische Kommunikation) Ausstattung. Die Wirtschaft erwartet von der Landesregierung, dass die notwendigen Strukturen in der Umweltverwaltung geschaffen werden.

Zusätzliche Belastungen der Wirtschaft vermeiden: Brandenburgische Unternehmen stehen im internationalen Wettbewerb. Umweltnormen und –standards sind grundsätzlich erforderlich, um die natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern. Überzogene Normen und Standards wirken jedoch belastend für die betroffenen Unternehmen und fördern eher den Wettbewerb. Die Wirtschaft erwartet von der Landesregierung, dass sie sich für gleiche Wettbewerbsbedingungen gegenüber anderen deutschen und internationalen Unternehmen einsetzt.

Freiwillige Selbstverpflichtungen der Wirtschaft stärker honorieren: Viele Brandenburger Unternehmen haben freiwillig Managementsysteme nach den internationalen Normen eingerichtet bzw. sich als Entsorgungsfachbetrieb zertifizieren lassen. Die Landesregierung wollte solche Umweltmanagementsysteme als effektives Element einer modernen Umweltpolitik besonders fördern. Die bisher umgesetzten Schritte werden als nicht ausreichend eingeschätzt. Die Wirtschaft erwartet von der Landesregierung, dass freiwillige Umweltleistungen von Unternehmen in wesentlich höherem Umfang Anerkennung finden.

10. Wettbewerbsfähige Energiepolitik

Hohe Energiepreise führen zu einem steigenden Anteil der Energiekosten an den Betriebskosten in den Unternehmen. Dies beeinflusst die Wettbewerbsfähigkeit aller Wirtschaftsbranchen. Gleichzeitig bietet die Entwicklung der Wirtschaftsfelder Energieeffizienztechnologien sowie Erneuerbare-Energien-Technologien Potentiale für die Entwicklung der Brandenburger Wirtschaft. Die Energiestrategie des Landes muss sich deshalb auf die Reduzierung des spezifischen Energieverbrauchs und der innovativen Energieerzeugung als Wachstums- und Zukunftsfaktor auswirken.



Wir fordern die zukünftigen Landtagsabgeordneten auf, in Ihrer Arbeit folgende Schwerpunkte zu setzen:

Ziele der Energiestrategie 2020 des Landes rasch und effizient umsetzen: Einfluss auf den Ausbau der Übertragungs- und Verteilungsnetze für Strom- und Gaserzeugung aus erneuerbaren Energien und Kraft-Wärme-Koppelung. Forcierung klimaverträglicher Braunkohlekraftwerkstechnologien und der Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energien. Förderung der Entwicklung und des Einsatzes von Energieeffizienztechnologien und -verfahren.

Kompetenzen im Energiebereich ausbauen: Schaffung bzw. Ausbau einer leistungsstarken und effizienten Organisationsstruktur zur kompetenten Beratung von Unternehmen, aber auch Kommunen und sonstigen Institutionen zu Energieeinsparung, Energieeffizienz und Einsatz innovativer Energietechnologien. Breite Öffentlichkeitsarbeit zu allen Energiethemen.

Unternehmen beim Einsatz erneuerbarer Energien und bei der Beratung zur Energieeffizienz unterstützen: Umfassende Information der Unternehmen zu Möglichkeiten der Kostenreduzierung durch den Einsatz erneuerbarer Energien.

Die **Brandenburgische Energie Technologie Initiative (ETI)** ist aufgrund ihrer Historie und Unternehmensnähe, ihrer Angebote und Reichweite das breiteste Netzwerk und die zentrale Plattform zur Unternehmensbetreuung in Fragen der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz sowie zur Umsetzung der Energiestrategie 2020. Sie gilt es weiterhin zu unterstützen.